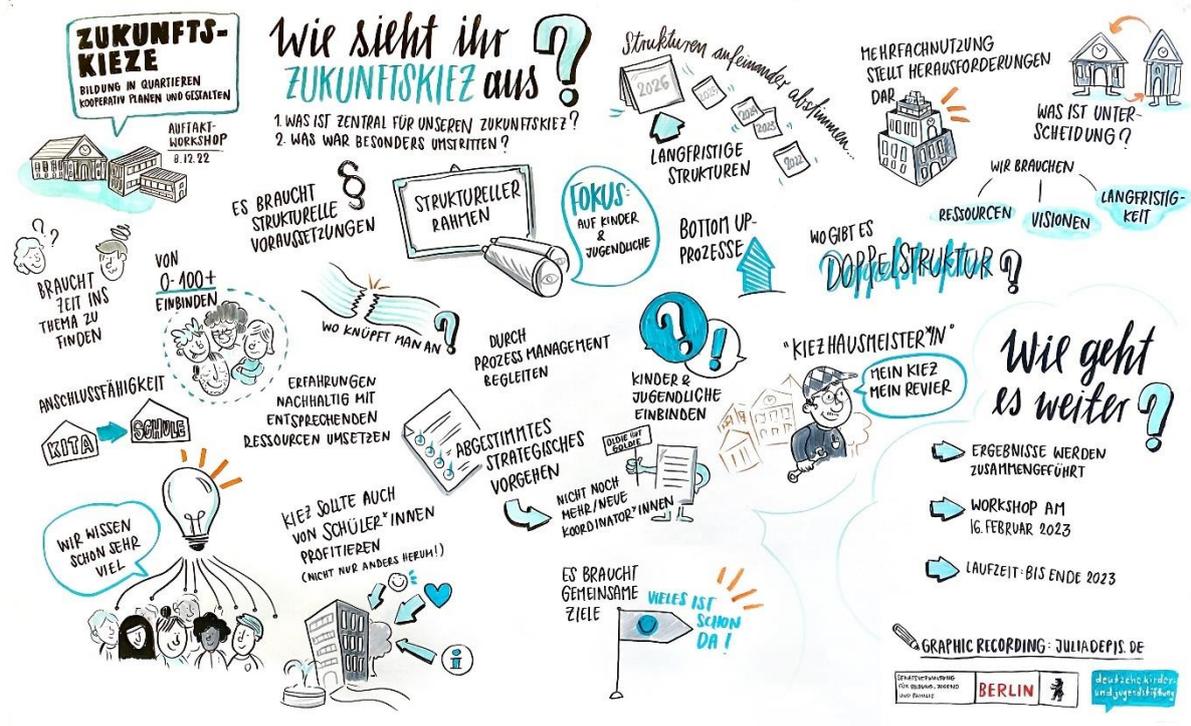


### Ergebnispapier des gesamtstädtischen partizipativen Prozesses zur Zielklärung und Entwicklung der Idee eines Zukunftskiezes



### Kontakt und Rückfragen

#### Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Projektleitung: Elke Neumann und Anne Gebauer

E-Mail: [elke.neumann@dkjs.de](mailto:elke.neumann@dkjs.de); [anne-kathrin.gebauer@dkjs.de](mailto:anne-kathrin.gebauer@dkjs.de)

Homepage: <https://www.dkjs.de/zukunftskieze/>

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) fördert das Modellprojekt *Zukunftskieze* und setzt es in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) in Modellregionen um. Die DKJS verantwortet die kommunale/bezirkliche Beratung, Unterstützung und Prozessbegleitung.

## Hintergrund und Prozess

Das Land Berlin hat zur Weiterentwicklung von Bildungslandschaften in „Bezirksregionen mit besonders schwieriger sozialer Lage“ ein Modellprojekt mit dem Titel *Zukunftskieze* beschlossen, „in das die Erfahrungen aus der Entwicklung der Campusschulen einfließen.“ (Richtlinien der Regierungspolitik 2021-2026, Kap. 16, S. 108 - Bildung, Jugend und Familie, Koalitionsvertrag 2021 - 2026 - Berlin.de)

Im Rahmen des Vorhabens sollen zunächst sechs Bezirke bei der Entwicklung und Realisierung gebietsspezifischer *Zukunftskiez*-Konzepte unterstützt werden – durch Prozessbegleitungen und finanzielle Mittel zur Umsetzung. In der ersten Projektphase gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse sollen für die Entwicklung von Konzepten in weiteren Bezirken zur Verfügung gestellt werden. Eine Ausweitung des Projekts ist geplant.

Nachfolgend findet sich eine Darstellung des partizipativen Prozesses zur Entwicklung der Idee eines Zukunftskiezes sowie die daraus resultierenden Ergebnisse.

### Wie sind die Ergebnisse entstanden?

Im Rahmen eines Auftaktworkshops am 8. Dezember 2022 zum Modellvorhaben *Zukunftskieze* haben etwa 40 Vertreter:innen aus den Landes- und Bezirksverwaltungen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in multiprofessionellen Arbeitsgruppen in einem **ersten Schritt** folgende Fragen diskutiert: Wie sieht ein Kiez der Zukunft für Kinder, Jugendliche und Familien aus? Welches Ziel verfolgt ein Zukunftskiez? Welche Aufgaben und Themen hat ein Zukunftskiez? Anhand der Leitfragen „Was ist zentral für unseren Zukunftskiez?“ und „Was war besonders umstritten?“ wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt und anschließend schriftlich kommentiert.

In einem **zweiten** und **dritten Schritt** wurden offene Fragen mit den Arbeitsgruppen geklärt und ergänzende Hinweise und Kommentare zu den Inhalten von weiteren Akteur:innen aus der Bezirks- und Landesebene sowie allen Teilnehmer:innen in das Ergebnispapier aufgenommen.

Dieses Papier diente als konzeptionelle Grundlage für **Schritt vier**: der exemplarischen Konkretisierung der *Zukunftskiez*-Idee. Wie könnte ein Modellvorhaben für ein Stadtgebiet mit besonders schwieriger sozialer Lage konkret ausgestaltet werden, um die gemeinsam formulierten Ideen eines Zukunftskiezes umzusetzen? Mit dieser Frage setzten sich erneut multiprofessionelle Arbeitsgruppen in einem Workshop am 16. Februar 2023 auseinander. Viele der daran beteiligten 50 Personen hatten sich bereits in den ersten Workshop eingebracht, doch auch weitere Interessierte ergänzten die vorhandenen Hintergründe und Perspektiven aus Zivilgesellschaft und Verwaltung.

In einem **fünften Schritt** wurden – analog zum vorherigen Vorgehen – offene Fragen zur Klärung an die Arbeitsgruppen gesendet sowie die Bitte um Korrektur und Ergänzung an die Teilnehmer:innen des Workshops formuliert. Die Ergebnisse wurden in das vorliegende Papier eingearbeitet.

Der Prozess des bezirksübergreifenden Ideenentwicklungs-Verfahrens ist damit abgeschlossen. Die entwickelten Ansätze dienen als Orientierungsrahmen für die nachfolgenden Umsetzungen in den Bezirken. Durch ihre partizipative Entwicklung stellen sie nicht die Meinung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dar.

**Ergebnisse partizipativer Prozess *Zukunftskieze* (Stand: März 2023)****Inhalt**

1. Zielgruppen .....	4
2. Kennzeichen und Chancen des Modellvorhabens <i>Zukunftskieze</i> .....	4
3. Gelingensbedingungen .....	5
4. Strukturelle Rahmenbedingungen .....	5
5. Ausarbeitung der thematischen Schwerpunktsetzung .....	7
5.1 Übergänge .....	8
5.2 Elternarbeit und Erziehungspartnerschaften .....	9
5.3 Sozialraum als Bildungsraum .....	11
5.4 (Bildungs-) Orte für Jugendliche schaffen .....	12
5.5 Sozialräumliche Öffnung von Schule .....	13
6. Querschnittsthemen .....	14
6.1 Raumnutzung .....	14
6.2 Digital-analoge Bildungslandschaft .....	15
7. Zusammengefasst .....	16

## Bildung im Fokus

Zentral bei der Erarbeitung der Kriterien eines Zukunftskiezes war das Thema Bildung – Was zeichnet einen Zukunftskiez aus, wenn man ihn als Bildungslandschaft begreift? Hierbei wurde der breite Bildungsbegriff zugrunde gelegt, in dem Bildung neben Schule auch non-formale und informelle Bildung umfasst.

### 1. Zielgruppen

Bildung wird in einem Zukunftskiez als lebenslanges Lernen verstanden und adressiert damit alle Menschen. Die **Fokuszielgruppen** sind Kinder und Jugendliche sowie deren Sorgeberechtigte.

### 2. Kennzeichen und Chancen des Modellvorhabens *Zukunftskieze*

Grundsätzlich haben sich die Teilnehmer:innen der Workshops darauf verständigt, dass Zukunftskieze gute Bildung für alle gewährleisten sollen und damit auch die Möglichkeiten auf gleiche Bildungschancen, Integration und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Quartier verbessern können. Dies kann auf zwei Ebenen gelingen:

Inhaltliche Ebene:

- Die Gestaltung **durchgängiger Bildungsbiografien** und Übergänge kann einen Beitrag zu besseren Bildungschancen leisten, unterstützen können dabei **Erziehungspartnerschaften** und die Zusammenarbeit mit Eltern. Die Stärkung von **diversen Bildungsorten** im Kiez kann das Zusammenwirken formaler, non-formaler und informeller Bildungsangebote im Sinne einer ganzheitlichen und lebensweltorientierten Bildung fördern.
- Die **Öffnung von Bildungseinrichtungen** im Sinne der **Mehrfachnutzung** kann zu einer besseren Verschränkung der Angebote, dem Abbau von Zutrittschürden und einer effizienteren Raumnutzung führen.
- Die Verzahnung von analogen und digitalen **Bildungslandschaften** ermöglicht niedrigschwellige Zugänge und eine breite Zielgruppenansprache.
- Kinder und Jugendliche sollten stärker an der Gestaltung der Bildungsangebote im Kiez **beteiligt werden**.

Strukturelle Ebene:

- **Abstimmungs- und Steuerungsstruktur** könnten so (weiter)entwickelt werden, dass eine Verzahnung unterschiedlicher Ressorts sowie der unterschiedlichen Ebenen (vor Ort – Bezirk – Land) sichergestellt werden kann, um ein abgestimmtes Handeln zu ermöglichen. So können vorhandene Strukturen genutzt und Synergien hergestellt werden.
- Auf Verwaltungsebene sollten **langfristige Strukturentwicklungen** angestrebt werden, um Doppelstrukturen abzuschaffen.
- **Kooperationen vor Ort** können zu einer Verzahnung von Angeboten in Schule und Kiez beitragen, die zum einen Schule entlasten und zum anderen individuellere und bedarfsorientiertere Lernmöglichkeiten schaffen.
- Eine **abgestimmte Unterstützungsstruktur** auf Landes- und Bezirksebene könnte die Maßnahmen im Quartier nachhaltig unterstützen.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die konkreten *Zukunftskiez*-Vorhaben spezifischere Ziele ausgearbeitet werden müssten. Zielsetzungen müssten mit Blick auf Bildungserfolg und soziale Kompetenz nachprüfbar sein (**Wirkung**).

### 3. Gelingensbedingungen

„Zukunftskiez, ja! Aber zuerst Zukunftsverwaltung – Verbesserung der Prozesse. Aus Fehlern lernen.“  
(Zitat eines Teilnehmers)

#### Langfristigkeit, Verbindlichkeit und Kontinuität

Eine besonders hohe Relevanz haben aus Sicht der Beteiligten langfristige Planungssicherheit, verlässliche Strukturen und Kontinuität des Vorhabens *Zukunftskieze*. Konkret bedeutet das:

- Ein *Zukunftskiez*-Vorhaben erfordert ein hohes Engagement und Verbindlichkeit der beteiligten Akteur:innen. Es sollten **verbindlich Ressourcen** in den Institutionen für die Umsetzung von Vorhaben bereitgestellt werden (finanziell, personell). Das bedeutet auch, dass zeitliche Ressourcen für Vernetzung und Kooperationspflege mitgedacht werden sollten.
- Das Vorhaben sollte einen **zeitlichen Horizont** von mindestens 10 Jahren umfassen, um *Zukunftskiez*-Ziele zu erreichen.
- Es sollten Voraussetzungen für eine **langfristige Verankerung** geschaffen werden.
- Auch wurde gesagt, dass eine hervorragende **digitale Infrastruktur** und Möglichkeiten, diese im Kiez für alle nutzbar zu machen, generell Ausstattungskennzeichen eines *Zukunftskiezes* (u. a. seiner Bildungseinrichtungen) sein sollten.

#### Prozess

Für eine gelingende Umsetzung des Modellvorhabens *Zukunftskieze* wurden verschiedene Aspekte benannt:

- **Beteiligung, Dialog im Sozialraum und Bottom-up-Prozesse**, um lokal konkrete Lösungen zu finden, die nah an der Zielgruppe sind. Themen sollten aus dem Kiez aufgegriffen und im Kiez entwickelt werden.
- Entwicklung von gemeinsamen **Zielen, Leitbildern und pädagogischen Konzepten** zur Perspektiventwicklung eines *Zukunftskiezes*. Leitbilder dienen der Identitätsbildung im Kiez sowie aller beteiligten Akteur:innen und Nutzer:innen. Gemeinsame und transparente Leitbilder und Ziele tragen zur Resilienz von Gemeinschaften und Organisationen bei. Leitbilder sollten mit den beteiligten Akteur:innen entwickelt und entsprechend operationalisiert werden (Maßnahmen).
- Eine offene, experimentierfreudige und wohlwollende **Haltung der Beteiligten**, die Raum für Fehler zulässt und Handlungsspielräume und Reflexion über vorhandene Barrieren ermöglicht.
- Einen Aufbau von Teamstrukturen u. a., die im Rahmen von internen **Prozessbegleitungen** aufgebaut und weiterentwickelt werden. So könnte beispielsweise ein institutionalisiertes lokales Unterstützungssystem Veränderungsprozesse vor Ort unterstützen.
- Einen gemeinsam **abgesteckten Handlungsrahmen**, der die Umsetzung von *Zukunftskiezen* ermöglichen könnte: Überblick, Beratung, Koordination, fokussierter Einsatz von Ressourcen.

### 4. Strukturelle Rahmenbedingungen

„In einem *Zukunftskiez* sollten die Erfahrungen aus Quartiersmanagement, Bildungsverbänden, Schulentwicklungsräumen, Bildungsnetzwerken und Campusprojekten in einer Organisationseinheit mit entsprechenden Ressourcen umgesetzt und etabliert werden.“ (Zitat einer Teilnehmerin)

#### Strategische Steuerungsebene

Im Rahmen des Vorhabens *Zukunftskieze* sollten auf der strategischen sowie operativen Steuerungsebene Prozesse gebündelt und besser abgestimmt werden, u. a. um die Überforderung von Einzelakteur:innen zu vermeiden. Kommunikation, Transparenz und Vernetzung sind hier Schlüssel, um das Vorhaben in Verantwortungsgemeinschaft umzusetzen.

- Dafür bräuchte es ein **abgestimmtes strategisches Vorgehen zwischen Land-Bezirk-Sozialraum sowie im Bezirk als auch in der Senatsverwaltung selbst**. Für ein abgestimmtes Verfahren wäre es hilfreich, ressortübergreifend und gemeinsam vom Ziel aus zu denken: Mehr Bildungschancen für Kinder und Jugendliche.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Um ein Campusmanagement zu etablieren, braucht es nicht nur eine ressortübergreifende Zusammenarbeit vor Ort, sondern vor allem eine Öffnung auf politischer und strategischer Ebene.*

- Hierfür sollten **vorhandene Strukturen sowie Steuerungsgremien** genutzt werden, ohne dabei neue aufzubauen, um Ressourcen zu schonen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK)<sup>1</sup>, Quartiersmanagement (QM)<sup>2</sup> und Bildungsverbünde<sup>3</sup>; Stadtteilkoordinationen (STK) in den meisten Regionen, deren Aufgaben das Zusammenbringen lokaler Akteur:innen und der Informationstransfer zwischen Bezirk und Bewohner:innenschaft ist. Diese vorhandenen Strukturen sollten gestärkt und ausgebaut werden. Sie werden entweder vom Bezirk (STK<sup>4</sup>) oder vom Senat (STK+) finanziert; Structure shapes behavior: Es wurde die Ansicht vertreten, dass Verwaltung sozialräumlich aufgestellt sein sollte und die sozialräumliche Orientierung von Schulaufsichten eine abgestimmtere Arbeit im Kiez ermöglichen.*

- Vorhandene **Vorhaben könnten miteinander verschränkt** und verstetigt werden.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Verschränkung der Gemeinschaftsinitiative (GI)<sup>5</sup> und der Landeskommision Armut mit dem Ziel, Schnittstellen zur Armutsprävention<sup>6</sup> zu optimieren; Mitdenken des Quartiersmanagementverfahrens<sup>7</sup>.*

- Vorhandene Strukturen sollten evaluiert werden, um Prozesse stetig zu verbessern. Alle Beteiligten bräuchten eine **hohe Fehlertoleranz**.

### Operative, lokale Kooperation und Koordination

In einem Zukunftskiez sollten die Akteur:innen ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Haltung für die Zusammenarbeit vor Ort entwickeln, um bestmögliche Bildung der Kinder vor Ort als **Verantwortungsgemeinschaft** zu ermöglichen.

- Grundsätzlich sollten, wie auf der Steuerungsebene, auch vor Ort **bereits vorhandene Strukturen der Koordination** genutzt werden, wie beispielsweise die Bildungsverbünde.
- Kooperationspartner:innen im Kiez oder in einer Bezirksregion sowie bestehende Projekte sollten besser miteinander vernetzt werden. Alle Bildungseinrichtungen sollten sich **sozialräumlich öffnen** und gemeinsam agieren.

<sup>1</sup> Beispielsweise: <https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/koordination-und-beteiligung/>; 23.03.2023.

<sup>2</sup> <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/>; 23.03.2023.

<sup>3</sup> <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/bildungsverbuende/>; 23.03.2023.

<sup>4</sup> Beispielsweise: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/buergerbeteiligung/stadtteilkoordination/>; 23.03.2023.

<sup>5</sup> <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/gemeinschaftsinitiative/index.shtml>; 23.03.2023.

<sup>6</sup> <https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/kinder-und-familienarmut/>; 23.03.2023.

<sup>7</sup> <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/>; 23.03.2023.

- **Kooperationen** sollten **multiprofessionell und institutionenübergreifend** gestärkt werden, um gute Bildungsübergänge zu ermöglichen.
- Die **Pflege von Kooperationen** (beispielsweise auf einem Campus) bräuchte **Ressourcen**, die mit eingeplant werden müssen.
- Zur Steuerung des Vorhabens braucht es ein Organisationsmanagement vor Ort.

### Abgestimmte Förderungen und Budgetplanung

- Es wurde darauf hingewiesen, dass sich Erfordernisse der KLR (Kosten- und Leistungsrechnung) limitierend auf die Gestaltungsfreiheit z. B. bei der Arbeit in der Jugendfreizeiteinrichtungen auswirken.
- Die Abstimmung von Förderungen der Landes- und Bezirksebene wurde als notwendig erachtet, um finanzielle Konflikte zu vermeiden. Der frühzeitige Einbezug von Akteur:innen aus dem Ressort für Finanzen und dem Haushaltsbereich in Planungsprozesse, dient dem gegenseitigen Verständnis und ermöglicht eine frühzeitige Budgetplanung, insbesondere mit Blick auf Überschneidungen oder sich ergänzende Förderungen.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Förderungen für konkrete Umsetzungsmaßnahmen könnten sowohl von Bezirks- als auch Senatsebene als auch aus dem Projektfonds des Quartiersmanagements kommen und Zukunftskieze sollte bei der Schulbauoffensive mitgedacht werden.*

## 5. Ausarbeitung der thematischen Schwerpunktsetzung

Um in einem Zukunftskiez Bildungsorte zu stärken und **formale und informelle Bildungsangebote** besser miteinander zu verschränken, sollten Freizeit- und Bildungsangebote **niedrigschwellig** sowie **bedarfsorientiert** gestaltet und an Schule und Kita angebunden werden. Zur konkreten Ausgestaltung von denkbaren Angeboten im Rahmen des Vorhabens *Zukunftskieze* wurden im ersten Workshop vier mögliche Themenschwerpunkte als besonders relevant herausgearbeitet: Die Begleitung von Übergängen, die Stärkung von Elternarbeit, die Gestaltung des Sozialraums als Bildungsraum sowie die Öffnung von Schule zum Sozialraum. Ergänzt wurde zudem der Themenschwerpunkt „(Bildungs-)Orte für Jugendliche“. Dieses Thema wurde beim Gipfel gegen Jugendgewalt im Januar 2023 u. a. als Thema von hoher Priorität benannt. Da sich hierbei auch Schnittstellen zum Vorhaben *Zukunftskieze* ergeben können, wurde es in den zweiten Workshop aufgenommen. Im zweiten Workshop wurden die fünf Themen in vertiefenden Arbeitsphasen konkretisiert. Die benannten Themen sind nicht trennscharf voneinander zu betrachten.

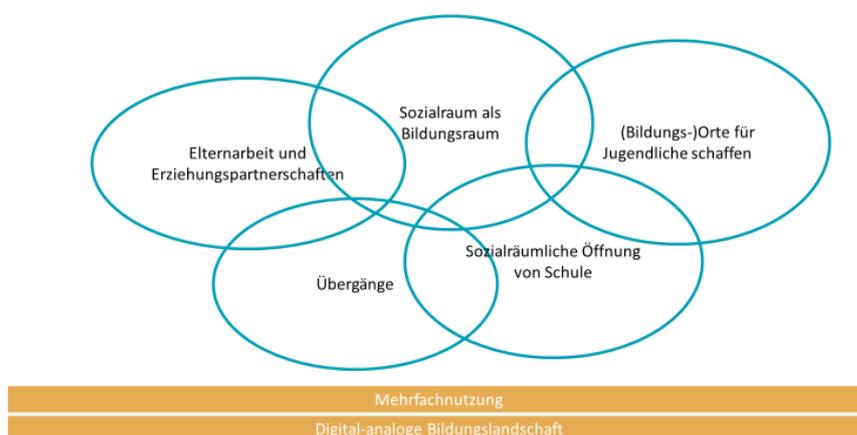
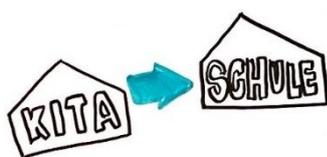


Abbildung 1: Überschneidung der Themenschwerpunkte, eigene Darstellung: DKJS

In der Konkretisierung der thematischen Schwerpunkte wurden Gelingensbedingungen und übergreifende Notwendigkeiten, die sich bereits im ersten Workshop dargestellt hatten, noch einmal bekräftigt. Viele der in den Workshops eingebrachten Ideen zu möglichen Angeboten im Rahmen des Vorhabens Zukunftskieze richten den Blick auf Schule als eine zentrale Akteurin im Quartier. Es wurde jedoch deutlich gemacht, dass Schule nicht Ausgangspunkt und Koordinationsknotenpunkt aller Aktivitäten sein muss. Im Sinne der Entlastung, aber auch vor dem Hintergrund eines breiten Bildungsverständnisses sollten andere Akteur:innen der lokalen Bildungslandschaften – etwa aus den Bereichen Kultur, Sport, frühkindliche Bildung – zentralere Rollen im Bildungsgeschehen spielen und stärker in Verantwortung gehen.

## 5.1 Übergänge



Das übergeordnete Ziel in diesem Themenfeld sollte sein, Brücken zu bauen, Bildungsabbrüche zu verhindern und, wo nötig, Neuorientierung zu schaffen. Es gilt, die Übergangsgestaltung vertikal und horizontal zu unterstützen. Kinder und Jugendliche bräuchten dafür eine kontinuierliche Begleitung der Bildungslaufbahn über die gesamte Bildungsbiografie

hinweg durch eine Verantwortungsgemeinschaft. Von der Arbeitsgruppe wurden einzelne Aspekte der verschiedenen Übergänge beleuchtet und Beispiel-Maßnahmen formuliert. Für deren Umsetzung sind Vernetzung und Kooperation Voraussetzung.

### Übergang Kita – Grundschule

Ansätze guter Praxis, die in den letzten Jahren in Bezirken etabliert wurden, könnten in einem Zukunftskiez aufgegriffen und gestärkt werden, um den Übergang von Kita zur Grundschule zu stärken. Zu nennen sind hier beispielsweise Kita-Sozialarbeit<sup>8</sup>, Eltern-Coaching (stationär und aufsuchend) oder ein niedrigschwelliges Erreichen der Kinder und Eltern in „Offenen Familienwohnungen“<sup>9</sup>

### Übergang Schule - Berufsleben

Um den Übergang von der Schule ins Berufsleben zu stärken, wurden Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen zur Umsetzung vorgeschlagen:

#### *Berufsorientierung*

- Einbindung von „School Counselors“, also Berater:innen für Berufsausbildung aus der Arbeitswelt.
- Einbindung von Unternehmensnetzwerken in das „Berliner Programm Vertiefte Berufsorientierung (BVBO 2.0)<sup>10</sup>“, das Jugendlichen der Klassen 8 bis 13 Angebote zur individuellen Berufsorientierung sowie zur frühzeitigen und intensiven Auseinandersetzung mit der Berufswahl bietet, um die Wirkung des Programms durch Praxisnähe zu erhöhen.

#### *Nutzung von Orten*

- Nutzung von außerschulischen Orten der Jugendlichen wie z. B. Jugendclubs für Angebote der Berufsbildung.

<sup>8</sup> Ein Modellvorhaben Kita-Sozialarbeit wird als konkrete Maßnahme im Rahmen der Prävention gegen Jugendgewalt benannt: [https://www.berlin.de/rbmskzl/\\_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf](https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf); 22.03.2023.

<sup>9</sup> <https://www.gewobag.de/soziales-engagement/quartiersentwicklung/angebote/offene-familienwohnung/>; 23.03.2023.

<sup>10</sup> <https://www.berlin.de/sen/arbeit/ausbildung/berufsorientierung/bvbo/#:~:text=Das%20Berliner%20Programm%20Vertiefte%20Berufsorientierung,oder%20Studium%20m%C3%B6glichst%20zu%20vermeiden.;> 23.03.2023.

- Nutzung/Stärkung von z. B. pädagogischen Werkstätten, die als Bindeglied zwischen Einrichtungen der formalen und der non-formalen Bildung agieren und die Jugendlichen durch außerschulische Angebote auch über die Schulzeit hinaus begleiten.

#### *Kooperation*

- Um Perspektiven für berufliche Angebote innerhalb und außerhalb des Sozialraums zu eröffnen, sollten das Potenzial von Unternehmensverbänden genutzt und effektive Ausbildungsverbünde eingerichtet werden. Lokale Netzwerke aus Unternehmen, Berufsbildungsnetzwerken, Schulsozialarbeit, (Berufs)schulen und Jugendclubs sollten die Jugendlichen bereits vor dem Übergang beratend begleiten und Angebote vorstellen bzw. Möglichkeiten der Erprobung anbieten.

#### *Elterneinbezug*

- Es sollte eine beratende Elternanlaufstelle koordiniert und aufgebaut werden, die gemeinsam mit den Eltern die Situation betrachtet und Handlungsstrategien erarbeitet, um den Jugendlichen den Übergang zu erleichtern.

#### **Relevante Partner:innen und Akteur:innen**

- Unternehmen
- Oberschulen und Berufsschulen
- Schulsozialarbeit
- Außerschulische Bildungsorte für Jugendliche
- Akteur:innen aus Verbänden, bspw. IHK, HWK
- Jugendberufsagentur
- u. a.

## 5.2 Elternarbeit und Erziehungspartnerschaften



Um Kinder und Jugendliche zu erreichen, sollte die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern/Sorgeberechtigten im Sinne einer Erziehungspartnerschaft gestärkt werden. Der Aufbau von Vertrauen und das Schaffen von angstfreien Zugängen sind Grundvoraussetzung. Für eine gelingende Zusammenarbeit mit Sorgeberechtigten im Rahmen eines Zukunftskiezes wurden unterschiedliche Ansätze auf der steuernden wie operativen Ebene benannt.

#### **Struktur und Kooperation**

- Die Zusammenarbeit der Jugendämter über Bezirksregionen und Bezirke hinweg sollte erleichtert werden. So könnte fallbezogen und über räumliche Zuständigkeiten hinweg gearbeitet werden und eine gezielte Unterstützung der Familien gelingen. Um diese Zusammenarbeit zu stützen, müssten Prozesse (z. B. bei Schuldistanz) angeglichen und Kommunikation vereinheitlicht werden.

#### **Erziehungspartnerschaften mit Akteur:innen**

- Um Schule räumlich wie personell zu entlasten und weitere bildungsrelevante Akteur:innen – im Sinne der Erziehungspartnerschaften – mit ihrer jeweiligen Expertise einzubeziehen, könnten Angebote aus Bereichen wie Sport, Musik, Kunst oder Naturwissenschaften von Expert:innen (Vereine, Initiativen, Museen, Einzelpersonen, Eltern) im Kiez in gemeinsamer Verantwortung umgesetzt werden. Zudem könnten sie in den Ganztagsbetrieb der Schulen integriert werden und an der Schule selbst stattfinden.

- Angebote aus Sport und Kultur könnten niedrigschwellige Anlässe für Eltern bieten, Bildungsorte im Quartier (nicht nur an Schule) überhaupt erstmal aufzusuchen.

### Adressatenorientierte Ansprache

- Um Elternsozialarbeit umzusetzen, würden zusätzliche Ressourcen für die Koordinationsstellen für Elternsozialarbeit benötigt.
- Es sollte Lebensbegleitung für Familien und weitere frühzeitige niedrigschwellige Angebote für Eltern (Frühe Hilfen) geben.
- Weitere niedrigschwellige Angebote könnten etabliert werden, wie beispielsweise gemeinsames Kochen anstelle eines Elternabends.
- Unterstützungsstrukturen für Familien wie beispielsweise die Stadtteilmütter<sup>11</sup> sollten eingebunden werden. Sie sind Ansprechpersonen für Sorgeberechtigte und unterstützen Familien beim Zugang zu Unterstützungsangeboten.

### Sprachförderung

- Sorgeberechtigte sollten stärker in das Thema der Sprachförderung einbezogen werden – sie sollten einerseits über die sprachliche Bildung ihres Kindes informiert werden, können andererseits aber auch als Partner:innen direkt einbezogen und als Sprachvorbild gestärkt werden. Der Prozess der Sprachförderung könnte zusätzlich durch den Einsatz von Lesepat:innen unterstützt werden.
- Es gibt Sprachbildungsprogramme für Eltern und Kinder wie z. B. „Griffbereit“ und „Rucksack KiTa“<sup>12</sup>, auf deren Erfahrungen und Struktur zurückgegriffen werden könnte.

### Relevante Partner:innen und Akteur:innen

#### *In der Verwaltung*

- Die Sozialraumorientierte Planungskoordination (OE SPK) als Vermittlerin zwischen Verwaltung, Akteur:innen vor Ort und Bürger:innen sollte eingebunden werden.
- Eingebunden werden sollten auch die bezirklichen Koordinator:innen, die das Thema Kinderarmut im Fokus haben und eine Strategie dagegen entwickeln sollen, die zwischen Landesebene und Bezirken abgestimmt ist.

#### *Bildungseinrichtungen vor Ort*

- Familienzentren<sup>13</sup> und Mehrgenerationenhäuser sowie Begegnungsorte, die Menschen aufsuchen, haben unterschiedliche Kursangebote und sind Anlaufstellen für Familien.
- Bibliotheken haben unterschiedliche Angebote im Bereich Lese- und Sprachförderung.
- Die Volkshochschulen als Anbieter für Deutschkurse für Eltern, die Angebote auch an Schulen und in Kitas umsetzen.
- An Musikschulen könnte Musikbildung in gemeinsamen Gruppen aus Schüler:innen und Eltern stattfinden.

<sup>11</sup> <https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/familienfoerderung/stadtteilmuetter/>; 23.03.2023. Die Stärkung der Stadtteilmütter wird als konkrete Maßnahme im Rahmen der Prävention gegen Jugendgewalt benannt: [https://www.berlin.de/rbmskzl/\\_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf](https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf); 22.03.2023.

<sup>12</sup> <https://www.griffbereit-rucksack.de/>, 23.03.2023.

<sup>13</sup> Der Aufbau von Familienzentren an Grundschulen wird als konkrete Maßnahme im Rahmen der Prävention gegen Jugendgewalt benannt: [https://www.berlin.de/rbmskzl/\\_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf](https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/landesredaktion/ergebnispapier-2gipfel-gegen-jugendgewalt.pdf); 22.03.2023. Als Beispiel guter Praxis wurden die Familiengrundschulzentren in NRW benannt: <https://www.familiengrundschulzentren-nrw.de/kommunen/>, 23.03.2023.

### Aktivierung weiterer Akteur:innen

- Die Berliner Freiwilligenagenturen vernetzen Personen, die sich ehrenamtlich einbringen möchten, mit Einrichtungen, die Unterstützung benötigen. So könnten Ehrenamtliche für die Unterstützung von Elternarbeitsprojekten gewonnen werden. Außerdem haben die Freiwilligenagenturen Know-how, von dem bei der Einbindung von Eltern als freiwillig Engagierten an der Schule bzw. im Zukunftskiez profitiert werden könnte.

Insbesondere die Themenschwerpunkte Übergänge und Elternarbeit könnten mit der Idee der kommunalen Präventionsketten verknüpft werden, die sich insbesondere in Quartieren mit schwieriger sozialer Lage als wirksam erwiesen haben, um Kindern und Jugendlichen die Chance für gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

## 5.3 Sozialraum als Bildungsraum



Der Sozialraum/der Kiez/das Quartier soll als Lern-, Begegnungs-, Bildungs- und Lebensraum verstanden werden und Möglichkeiten für formale, informelle und non-formale Bildung anbieten.

Im Sinne eines weiten Bildungsbegriffs sollen auch Einrichtungen jenseits von Schule und Kita als Bildungseinrichtung anerkannt werden. Bedarfsorientierte Bildungs- und Unterstützungsangebote setzen eine Vernetzung und sozialräumliche Öffnung aller Bildungseinrichtungen im Kiez voraus sowie ein gemeinsames pädagogisches Verständnis. Ergänzend können Räume und Orte für Begegnung und Bildung geschaffen werden, analog wie digital.

Bei diesem Themenschwerpunkt gab es besonders viele Hinweise bezüglich Mehrfachnutzung (siehe 6.1), die hier nicht nochmal gesondert aufgeführt werden.

### Operative Koordination

Zur Koordination und Steuerung von Angeboten sowie Akteur:innen bräuchte es regelhafte Koordination auf unterschiedlichen Ebenen:

- *Angebots- und Akteur:innenkoordination, Koordination von Bildungseinrichtungen* durch flächendeckende Stadtteilkoordination<sup>14</sup>, Kiezmanagement, Kiezbüro; im Fall eines Campus, eine Verwaltungsleitung für Steuerungsaufgaben und zusätzliche Mittelakquise.
- *Kleinteilige Koordinationsaufgaben*, wie Raumvergaben durch Kiezsekretariat/Kiezhausmeister:in/Raumkoordinator:innen.

### Bildungsräume

- Einrichtungen, die durch unterschiedliche Gruppen genutzt werden, sollten ihre Angebote unter Berücksichtigung und Bewahrung der Bedarfe der unterschiedlichen Zielgruppen sinnvoll verschränken (beispielsweise Nachbarschaftstreff und Jugendtreff).
- Der öffentliche Raum sollte stärker als Bildungsraum mitgedacht werden. Hier könnten mehr konkrete Angebote stattfinden.

### Budget

- Zur Umsetzung von kleinen Projekten im Quartier oder auf dem Campus bräuchte es ein festes Kiezbudget/Entwicklungsbudget/Campus-Budget, das unbürokratisch von Bürger:innen und Akteur:innen genutzt werden kann.

<sup>14</sup> Z. B. im Bezirk Mitte: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/buergerbeteiligung/stadtteilkoordination/>; 23.03.2023.

- Durch einen Jugendlichenhaushalt analog zum Schüler:innenhaushalt könnten Kinder und Jugendliche eigenständig Projekte umsetzen und Selbstwirksamkeit erfahren.

### Relevante Partner:innen und Akteur:innen

#### Akteur:innen vor Ort

- Orte der Gemeinwesenarbeit, Stadtteilzentren<sup>15</sup> und Familienzentren<sup>16</sup> für flächendeckende und niedrigschwellige Angebote im Kiez
- Mobile Bildungs-Multiplikator:innen, wie beispielsweise die Stadtteilmütter
- Pädagogische Werkstätten als Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Bildungseinrichtungen und Quartier (siehe 6.2)
- Bildungsakteur:innen, wie VHS, Schulen, Bibliotheken
- Bildungsverbände
- Quartiersmanagement

#### In der Verwaltung

- Stadtentwicklung, Bildung, Jugend, Finanzen

## 5.4 (Bildungs-) Orte für Jugendliche schaffen



Angestoßen vom ersten Gipfel gegen Jugendgewalt im Januar 2023 läuft auf gesamtstädtischer Ebene zurzeit ein ressortübergreifender Planungsprozess im Themenfeld "Starke Stadtteile und Orte für Jugendliche"<sup>17</sup>. Eine besondere Relevanz soll dabei "(Bildungs-)Orten für Jugendliche" eingeräumt werden. Diese betreffen z. B. die Themen Mehrfachnutzung, vielfältige Nutzung von Jugendzentren, zum Kiez hin geöffnete Bildungseinrichtungen, "Freiräume", die ohne pädagogisches Konzept existieren und Orte für Jugendliche, die von diesen selbst gestaltet werden (Stichwort „Lernen durch Beteiligung“). Es ist wichtig, dass der weitere Planungsprozess für das Modellprojekt *Zukunftskieze* nicht losgelöst oder parallel zu dem Prozess "Starke Stadtteile und Orte für Jugendliche" verläuft. Es sollten Verschränkungen stattfinden.

Übergeordnetes Ziel in diesem Themenfeld sollte sein, die vorhandenen Strukturen, Angebote und Orte besser zu nutzen und Jugendliche nicht weiter aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, sondern Orte zu schaffen bzw. zu definieren, an denen Jugendliche willkommen sind. Schulen sind ab einem bestimmten Alter der Jugendlichen nicht mehr der Schlüssel zur Erreichbarkeit dieser Zielgruppe. Insbesondere aus diesem Grund bräuchte es ausreichend Alternativangebote:

- Attraktive Angebote und Orte für Jugendliche bieten einen niedrigschwelligen Zugang und reagieren auf unterschiedliche Lebenswelten.
- Es sollte zudem Orte geben, die selbst gestaltet werden können, wie z. B. Schüler:innenclubs, Jugendclubs.
- Es bräuchte darüber hinaus Räume, die frei von pädagogischem Angebot sind.
- Bildungsangebote im Sozialraum sollten auch jenseits von Leistungsorientierung angeboten werden und auf Stärkenorientierung (growth mindset) setzen.
- Ergänzend sollten Anlaufstellen mit pädagogischen Fachkräften angeboten werden.

<sup>15</sup> <https://stadtteilzentren.de/>; 23.03.2023.

<sup>16</sup> <https://www.berliner-familienzentren.de/>; 23.03.2023.

<sup>17</sup> <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1282864.php>; 23.03.2023; Pressemitteilung vom 11.01.2023.

### Partizipative Umsetzung

- Das Wissen der Jugendlichen für die Planung von Orten für Jugendliche zu nutzen, ist entscheidend für deren Akzeptanz.
- Kinder und Jugendliche sind kontinuierlich einzubinden, beispielsweise durch Vertretungen im Jugendhilfeausschuss, in Kinder- und Jugendbüros sowie durch ein stärkeres Antragsrecht.
- Insbesondere für Jugendliche in Risikolagen müssen niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, beispielsweise im öffentlichen Raum, bei Sportangeboten oder einem Jugendspace.

### Relevante Partner:innen und Akteur:innen

- Jugendliche selbst als verantwortliche Akteur:innen
- Schule, Schulamt, Schulaufsicht, die Jugendhilfeplanung
- die Koordination der bezirklichen Strategien gegen Kinderarmut
- die Polizei
- die Stadtplanung
- Wohnungs(bau)unternehmen

## 5.5 Sozialräumliche Öffnung von Schule

„Schule allein kann Bildung und Teilhabe nicht verändern.“ (Zitat eines Teilnehmers)



Schule ist eine zentrale Akteurin im Kiez. Um Schule zu entlasten auf der einen Seite und zur qualitativen Förderung und Weiterentwicklung der Schule auf der anderen Seite, sollte sich Schule in den Sozialraum öffnen. Sie sollte ein offener Ort sein und als Lebensraum verstanden werden. In diesem Zusammenhang wurden im Workshop folgende Punkte benannt:

### Organisationsentwicklung in Schule

- Die Schulleitung sollte die Öffnung zum Sozialraum als Priorität betrachten.
- Als Voraussetzung für die Öffnung von Schule in den Sozialraum sollten Ganztagschulen etabliert werden. Die Anmeldung der Schüler:innen zum Hort sollte automatisch und ohne einzelne Antragsstellung geschehen.
- Eine koordinierende Person für Aufgaben des Standortmanagements wie Raumbelagung und -buchung, Netzwerkarbeit und Kommunikation würde die Schulleitung und das pädagogische Personal entlasten.
- Auch Lehrkräfte selbst bräuchten eine bessere Kenntnis des Sozialraums der Schule. Insbesondere „Brennpunktschulen“ könnten von einem „Reframing“ (d. h. weg von der Defizitorientierung) und neuen Kooperationen profitieren.
- Die Arbeit sollte in multiprofessionellen Teams stattfinden und es sollten Fortbildungen für das pädagogische Personal zu den Themen Netzwerkarbeit und Antirassismus angeboten werden, um Schule als diskriminierungsfreien Ort zu gestalten.

### Einbeziehen außerschulischer Akteur:innen

- Für die Integration außerschulischer Akteur:innen bedarf es u. a. Schulentwicklungsprozesse, um gemeinsam an Zielen, Leitbildern, Konzepten, Funktionen und Teamstrukturen zu arbeiten sowie institutionenübergreifende Kooperationen zu stärken.
- Eine stärkere Einbeziehung von externen Angeboten in Schulen kann zu deren Entlastung führen und dazu beitragen, dass die vorhandenen externen Angebote besser in Anspruch genommen werden.

- Um außerschulische Akteur:innen und soziale Infrastruktur in ihrer Existenz nicht zu gefährden, gilt es, diese stärker in den Ganzttag zu integrieren. Musikschulen beispielsweise könnten von einem Betrieb ab 16:30 Uhr nicht „überleben“.
- Sinnvoll wären Räume für Begegnung und Vernetzung, wie beispielsweise Elterncafés.

### Relevante Partner:innen und Akteur:innen

#### Akteur:innen vor Ort

- Sportvereine, lokale Initiativen, soziale Träger vor Ort
- Bildungsverbände
- das Quartiersmanagement

#### In der Verwaltung

- die strategische Steuerungsrunde Schule/Jugendhilfe
- Schulaufsicht
- Jugendhilfeplanung des Bezirks
- die Schulbauoffensive

## 6. Querschnittsthemen

### 6.1 Raumnutzung



Neben den wichtigen konzeptionellen und pädagogischen Überlegungen bedarf es Orte und Räume, an denen diese auch umgesetzt werden können. Ein ausreichendes und passendes Raumangebot ist eine Gelingensbedingung für einen Zukunftskiez.

**Mehrfachnutzung** von Schule und außerschulischen Räumen wird als ein wichtiger Faktor genannt. Durch Mehrfachnutzungen sozialer Infrastrukturen können die knappen Flächen nicht nur effizienter genutzt werden, sondern auch Synergien zwischen den verschiedenen Nutzungen an einem Standort erzielt werden. Hier gilt es administrative und sektorale Hürden zu überwinden. Dies wurde an drei Beispielen erläutert:

#### (Vermeintliche) Fremdnutzung von schulischen Liegenschaften

In Zeiten zurückgehender Schüler:innenzahlen wurden freiwerdende räumliche Kapazitäten an Schulen anderen sozialen Infrastrukturen (VHS, Musikschulen, Eltern-Cafés etc.) zur Verfügung gestellt. Nun steigen die Schüler:innenzahlen erheblich und mit dem sektoralen Blick werden diese Nutzungen als Fremdnutzungen definiert und aus den Schulen verdrängt, um Schulplätze zu reaktivieren. Dies widerspricht den Zielen der „Öffnung in den Kiez“ und verlagert die Probleme in andere Sektoren. Mehrfachnutzung bedeutet auch, dass andere Nutzungen in Schule üblich sind.

#### Formal-administrative Hemmnisse bei Mehrfachnutzung

Die starre „Sortierung“ in Fachvermögen der einzelnen Infrastrukturen kann intersektorale Lösungen be- oder verhindern. Auch Mehrfachnutzung kann nur gelingen, wenn ressortübergreifend gedacht, geplant und gehandelt wird.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Die SenSBW erarbeitet und aktualisiert mit der Geschäftsstelle Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen, betrieben durch die Stattbau GmbH, kontinuierlich anwendungsorientierte Arbeitshilfen für Mitarbeiter:innen in den Bezirksverwaltungen. Eine Datenbank*

*mit Berliner Beispielen für MFN-Projekte vermittelt Wissen und Material rund um MFN<sup>18</sup>. Modellvorhaben werden beraten und begleitet. Diese Grundlagen können genutzt werden, ebenso wie bestehende bezirkliche Konzepte, die im Rahmen der SiKo-Fortschreibungen 2020/21 das Thema Mehrfachnutzung bei der Planung sozialer und grüner Infrastruktur in den Fokus nehmen.<sup>19</sup>*

Mit dem Neubau, den Erweiterungen und Sanierungen von Schulen im Rahmen der Schulbauoffensive (BSO) ist eine Chance zur Reorganisation von Schulstandorten verbunden. Schulen können so zu kiezbezogenen gemeinschaftlichen Lern- und Lebensorten entwickelt werden. Dies ist Teil des Konzeptes der BSO und ist dokumentiert in den Ergebnissen der „Facharbeitsgruppe Schulraumqualität“<sup>20</sup>. Die Öffnung von Schulen zum Sozialraum ist bereits in der BSO verankert worden und sollte stärker belebt werden. Um auf schwankende Schüler:innenzahlen und Bedarfe reagieren zu können, sollten Schulen als Modulbauten gedacht werden, die der jeweiligen Situation angepasst werden können.

In der Praxis scheitern entsprechende Ansätze an fehlenden operationalisierbaren Konzepten der einzelnen Infrastrukturen, der zu geringen finanziellen und personellen Ausstattung und den erheblichen Nutzungskonkurrenzen in Bezug auf Flächen in der wachsenden Stadt Berlin. Mehrfachnutzung sollte stärker im Rahmen der Schulbauoffensive mitgedacht werden, indem sich die einzelnen Infrastrukturen in der frühen Planungsphase mit konkreten Konzepten einbringen<sup>21</sup> und ggf. durch ein eigenes Investitionsprogramm unterstützt werden.

*Konkrete Vorschläge, die geäußert wurden: Ein Plusbudget, das bei Öffnung der eigenen Räumlichkeiten ausgezahlt wird, könnte darüber hinaus Anreize zur Mehrfachnutzung schaffen. Wichtig ist jedoch, dass nicht nur Schule sich öffnet, sondern auch die außerschulischen Einrichtungen, wie beispielsweise Sportvereine. Zwei Hausmeister:innen pro Schule können Mehrfachnutzung in der praktischen Arbeit ebenso unterstützen. Als praktische Unterstützung zur Mehrfachnutzung von Standorten sind Raumbuchungssysteme, entsprechende Schließanlagenkonzepte und schriftliche Kooperationsvereinbarungen inkl. Haftungsvereinbarung hilfreich.*

## 6.2 Digital-analoge Bildungslandschaft



Ein Zukunftskiez kann auch als digitaler Sozialraum verstanden werden, der entsprechende infrastrukturelle Ausstattung benötigt. Hierbei kann eine Kiez-App unterstützen, die nicht nur ein virtuelles Pendant zur analogen Bildungslandschaft darstellt, sondern die analoge und digitale Bildungslandschaft miteinander verknüpft. Ein solches Angebot kann aus Sicht der Bewohner:innen, insbesondere der Familien, Kinder und Jugendlichen, sowie der Akteur:innen und der Verwaltung einen niedrigschwelligen Mehrwert bieten. Hier können Angebote, Akteur:innen<sup>22</sup> und Beteiligungsmöglichkeiten<sup>23</sup> zu einer Vielzahl von kiezbezogenen Themen miteinander verzahnt werden. Inhalte und Themen einer solchen App könnten sein:

- Kiezatlas
- Übergänge (Familienportal, Kita-Navigator, Schulverzeichnis, Jugendberufsagentur, Studium)
- Bildungseinrichtungen (Schulen, Kitas, außerschulische Bildungseinrichtungen)

<sup>18</sup> <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/mehrfachnutzung/>; 31.03.2023.

<sup>19</sup> <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/>; 23.03.2023 (mit Links zu den Bezirken).

<sup>20</sup> <https://www.berlin.de/schulbau/ueberblick/schulraumqualitaet/>; 23.03.2023.

Zum Thema Gemeinschaftliche Entwicklung vgl. die Handreichung „Partizipation im Schulbau. Mitgestaltung – Mitwirkung – Mitbestimmung“ (2019) auf <https://www.berlin.de/schulbau/service/downloadcenter/publikationen/#HandreichungPartizipation>; 23.03.2023.

<sup>21</sup> Im Rahmen der BSO wurden dem jeweiligen Planungsprozess die sogenannte „Phase 0“ hinzugefügt. Dabei handelt es sich um ein Partizipationsverfahren, in das alle Belange eingebracht werden können.

<sup>22</sup> <https://smart-city-berlin.de/mitgestalten/buerger/>; 23.03.2023.

<sup>23</sup> Das CityLab Berlin hat einen „Kiezzradar“ zur besseren Beteiligung von Bürger:innen an der Stadtentwicklung entwickelt. In diesem werden verschiedene Informationen vorhandener Plattformen raumbezogen dargestellt.

- Soziale Einrichtungen (Jugendfreizeitstätten, Stadtteilzentren, Familienzentren)
- Gesundheit und Sport (Veranstaltungen, Vereine, Turnhallenbelegung)
- Freizeit (Familienportal, Veranstaltungskalender)
- Mehrfachnutzung (Raumbörse, Veranstaltungskalender)

Bei allen Schritten zur Gestaltung und Nutzung von Angeboten sollte auf eine umfassende Beteiligung geachtet werden, auch digital per App.

## 7. Zusammengefasst

In den Workshops wurden **zwei grundlegende Erwartungen** an einen Zukunftskiez geäußert: Ein Zukunftskiez soll **erstens** bessere Bildungschancen bei der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen ermöglichen – u. a. durch die konkrete Schaffung von Angeboten im Quartier im Bereich der Übergangsgestaltung, der Elternarbeit und der sozialräumlichen Öffnung der Schulen. Voraussetzung hierfür ist eine hohe Kooperationsqualität und Koordination.

**Zweitens** sollte in einem Zukunftskiez auf der strukturellen Ebene innerhalb der Verwaltung die ressortübergreifende Zusammenarbeit optimiert werden, um mit eng abgestimmten Verwaltungsprozessen sowohl innerhalb der Bezirke und des Senats als auch zwischen Senat und Bezirk die notwendigen Unterstützungsstrukturen für die Umsetzung in den Quartieren zu bilden. Das hohe Maß an Reflexion und Wissen über die Stolpersteine innerhalb der Strukturen ist sehr positiv, die grundlegende Veränderung dieser stellt jedoch eine große Herausforderung dar. Diese beiden Erwartungshaltungen bieten für ein Modellvorhaben *Zukunftskieze* auch eine Chance, genau diese beiden Ebenen – Verwaltungsstrukturen und operative Ebene – zusammenzudenken.

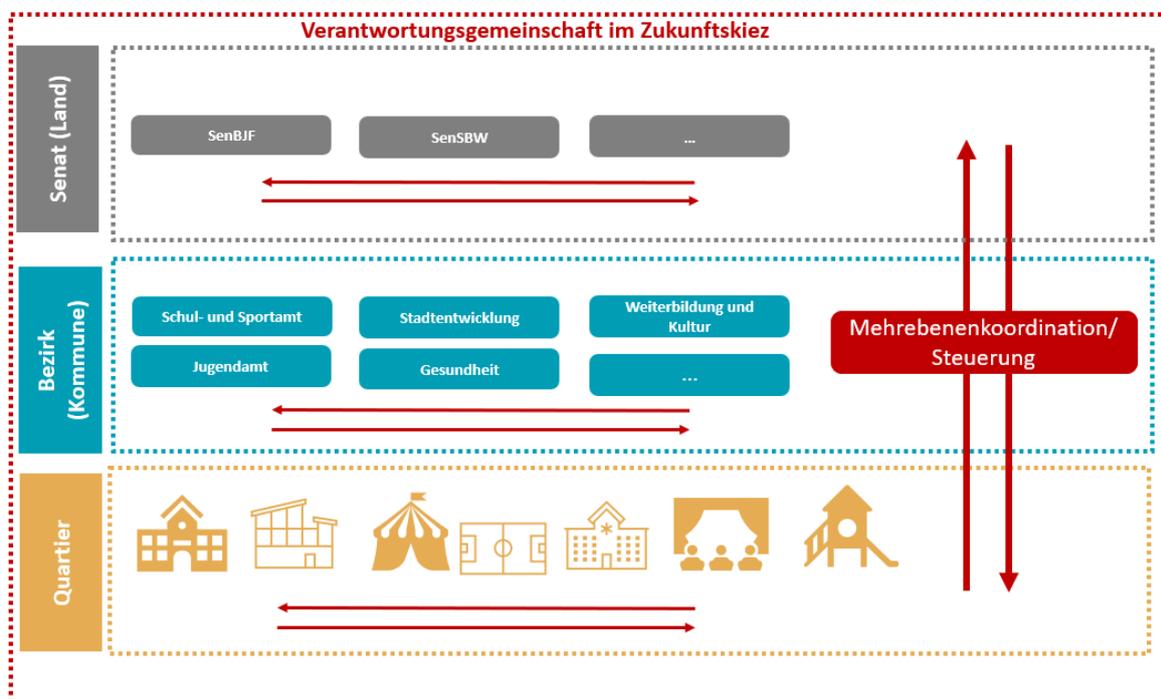


Abbildung 2: Darstellung der Koordinationsstrukturen, eigene Darstellung: DKJS

Einen Zukunftskiez zu denken, bedeutet, eine **Vielzahl relevanter Akteur:innen** zusammenzubringen und Schule beispielweise nicht reflexartig als Zentrum solch eines Kiezes, sondern als eine Akteurin zu begreifen. Vielmehr gilt es, vor allem auch informelle Räume der Bildung zu schaffen. Deutlich wird, die thematischen Bezüge und Schnittstellen sind zahlreich und lassen sich damit nicht auf den EINEN

Zukunftskiez reduzieren – vielmehr entstand in beiden Workshops ein vielfältiges Bild von vielfältigen *Zukunftskiez*-Ideen.

Und auch wenn die konkrete Ausgestaltung in den Bezirken im Einzelnen also noch einer Klärung bedarf, lassen sich folgende **Eckpunkte** aus dem partizipativen Ideenprozess hervorheben, die ein Modellvorhaben *Zukunftskieze* für benachteiligte Gebiete in den Bezirken kennzeichnen.

Die Vorhaben sollen

- vor Ort umgesetzt und durch eine Anbindung an kommunale Steuerungsebenen sichergestellt werden,
- ressortübergreifend abgestimmt und umgesetzt werden,
- an vorhandenen Strukturen ansetzen und auf eine bestmögliche Verknüpfung von Angeboten und Programmen hin konzipiert sein und
- partizipativ vor Ort entwickelt werden.

Stand: März 2023

Alle Illustrationen von Julia Depis.